Für eine Allianz zur Demokratisierung der Demokratie

Andreas Zick

(Redetext zum Neujahresempfang von Bündnis90/Die Grünen in Bielefeld am 1.2.2026)

Zum Jahresbeginn titelte der WDR: „Was in NRW wichtig wird“. Genannt wurden: Baustellen, Ganztags-Garantie für die Erstklässler, Atommüll-Transport, Kommunalfinanzen, aber auch Olympia und das Landesjubiläum. Ein bisschen Bildung, Infrastruktur, Sport und Party. Klingt gut, aber ich würde gerne ein paar Baustellen und vor allem ungenutzte Potenziale ergänzen. Zum Glück müsst Ihr Forschende wie mich ja nicht ganz so ernst nehmen.
Zuerst kommt ein Prolog, dann das eigentliche Drama, und erst danach die Information über die Fluchtwege.

Prolog

Es ist mir eine Ehre, hier zu sprechen. Doch war es eine gute Idee, einen Konflikt- und Gewaltforscher einzuladen? Politisch engagierte Menschen und Parteien benötigen in diesen Zeiten Motivation, insbesondere Die Grünen, die in den letzten Jahren wie kaum eine andere Partei mit Zerrbildern, Hass und Anfeindungen konfrontiert wurden.[1] Die betrifft nicht nur sie, aber wir sind heute hier Gast.
Die Polemik und politische Gewalt in der öffentlichen Debatte sind kein Grund, auf die deutsche Politikkultur stolz sein kann.
Politik braucht in diesen Zeiten Aufwind. Demokratische Parteien können gerade in Krisen- und Konfliktzeiten ein noch stärkerer Ort der Verständigung über die Stärkung der Demokratie und Gestaltung der Zukunft sein.

Dabei könnten sie drei Kernfragen zum Anlass nehmen:

1. ***Was treibt die Gesellschaft auseinander?***
2. ***Was hält sie zusammen?***
3. ***Was können wir tun?***

Die Fragen liegen jenseits des Tagesgeschäftes, aber geben Leitlinien vor, und sie beschäftigen viele Menschen. Und schon setzt das Drama ein.

FRAGE 1: Was treibt die Gesellschaft auseinander?

Ich spare mir die Bemerkung, dass wir in einer der stabilsten Demokratien mit Wohlstand leben. Demokratien sollten ihre Qualität nicht an einer minimalen Grundsicherung ausrichten, sondern an einem Maximum. Das entspricht auch der Logik des Grundgesetzes. Wir sind nicht da, wo wir sein können.

[1] https://de.statista.com/infografik/32212/anzahl-der-politisch-motivierten-angriffe-nach-parteien/

Mit Brecht gesprochen: „Geehrtes Publikum, die Zeit ist trist.
Klug, wer besorgt, und dumm, wer sorglos ist!“[2]

Drei Entwicklungen sorgen mich:

Erstens, Einerseits scheint ein weiterer offensichtlicher Rechtsruck abgebremst zu sein: Unsere letzte Studie vor sechs Monaten zeigte, dass der Anteil der Menschen mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild in der Mitte der Gesellschaft auf 3,3 Prozent gesunken ist.[3] Dieses Weltbild basiert auf klarer Zustimmung zu völkisch-ideologischen und rassistischen Ideen.

Das mag beruhigen und beweist, dass der Protest und Druck der Zivilgesellschaft – auch hier in Bielefeld – Wirkung zeigen. Doch die *schleichende, schamlose Normalisierung ist nicht gebremst.*

Rechtextreme Einstellungen in der Mitte gehen nicht auf das Niveau vor der Coronapandemie zurück. In vielen Gruppen weit sie über dem Durchschnitt liegen?

Was tun wir mit dem Befund, dass 26 % der Aussage zustimmen: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, und weitere 21 % dem „teils-teils“ zustimmen? Steuern wir in Deutschland auf politische Blöcke ohne Mitte zu? Und was geschieht mit der Mitte, wenn sie besetzt wird? Wie wehrhaft ist eine Mitte, deren Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung rechtsextremer Einstellungen sich weiter stabilisiert?

Wie reagieren wir auf die Feststellung, dass der Antisemitismus als eines der sechs Kernelemente im rechtsextremen Weltbild noch stärker verankert ist als zuvor?[4] Er verwebt sich zunehmend mit einem ansteigenden Nationalchauvinismus. Der Befund zeigt, dass jüdische und andere Personen, die von gesellschaftlichen Klassifizierungen und Abwertungen betroffen sind, heute weniger auf schützende Demokratievorstellungen zählen können.

Wie gehen wir mit der Erkenntnis um, dass die traditionellen Bildungsunterschiede in antidemokratischen Einstellungen nach wie vor die gleichen sind wie vor 25 Jahren, als wir mit unseren Untersuchungen begannen? Es kann nicht beruhigend sein, dass die Art der Schule über Einstellungen zur Demokratie entscheidet.

Was ist los in Nordrhein-Westfalen? Die Befragten aus NRW sind im Vergleich zu denen aus anderen Bundesländern weniger antisemitisch und fremdenfeindlich. Das ist ermutigend. Allerdings neigen sie achtmal häufiger zu Vorstellungen, die Menschen in höher- und minderwertige Gruppen einteilen. Sie befürworten doppelt so stark (8 %) eine Diktatur. Mit 26 % sind sie deutlich nationalchauvinistischer eingestellt als die 18 % in den anderen Bundesländern. Befragte aus NRW tendieren stärker dazu, den Nationalsozialismus zu verharmlosen.

---

[2] https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/YX6YMQSJQPEN4QIRQU5RJOOKDRNYNWJA
[3] Alle Informationen hier: https://www.fes.de/mitte-studie
[4] https://miss.psychopen.eu/index.php/miss/article/view/16909

Es hat sich in Nordrhein-Westfalen ein Klassismus eingeschlichen, was angesichts der Ressourcenkonflikte zu erwarten war. Doch dort, wo die Ressentiments nicht ernst genommen wurden oder wir dachten, die Hilfeempfänger sollten erst einmal zeigen, was sie können, haben radikale Kräfte an Einfluss gewonnen.

Das war zu einfach, denn: Das Misstrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie war noch nie so hoch. Die Folgen sind gravierend: Ein Viertel der Bevölkerung hat nun illiberale Demokratievorstellungen. Sie glauben, Politik und Parteien müssten den Volkswillen durchsetzen und die Rechte von Minderheiten einschränken. 52 % sind der Meinung: „Gewählte Abgeordnete sollten unter keinen Umständen vom Willen ihrer Wähler abweichen. “ Weitere 26 % sind unentschlossen. Allein das stellt eine enorme politische Herausforderung dar. Und diese Demokratievorstellungen verdichten sich in einer Zeit, in der Tyrannen die sozialen Netzwerke kontrollieren, auf denen wir hoffen, die Demokratie zu verhandeln.[5] Wie soll das funktionieren?
Vielleicht setzen wir unsere Hoffnung auf einfache Rezepte, die uns helfen, mit Demokratiefeinden und besorgten Bürgern zu sprechen. Doch zunächst sollten wir uns fragen: Worüber genau? Und wie sollen wir mit jenen reden, die uns anschreien, verdächtigen und parlamentarische Prozesse lahmlegen? Wie führen wir Dialoge mit denen, die unsere Kultur und Symbole besetzen, die die schwarz-rot-goldene Fahne längst zum Bühnenbild und zum Standard-Accessoire ihrer Anzüge und Kostüme gemacht haben?
Die Frage der Brandmauer ist eben auch eine Frage der politischen Kommunikation.

Ja, das betrifft auch den Linksextremismus: Er will die Institutionen aber nicht übernehmen und behauptet nicht, im Namen des wahren Volkes zu handeln. Stattdessen zerstört er das Land auf andere Weise. Zudem sind neue politische Querfronten entstanden. Das war absehbar, denn in Krisen und Konflikten bilden sich stets neue ideologische Allianzen.

Die Normalisierung radikaler Haltungen in der Mitte wird von Prozessen befördert, die die Gesellschaft spalten.

Die politischen Vertrauensverluste in Deutschland und Europa spalten die Gesellschaft. Ein zentrifugales Misstrauen[6] treibt die Menschen auseinander, verstärkt Polarisierungen und erfasst selbst jene, die sich bislang nicht polarisierten. Die schwindende Legitimität der Institutionen zerrüttet das gesellschaftliche Gefüge.

Zugleich verschärft die angespannte Finanzlage der Kommunen Verteilungskonflikte, für die oft das nötige Konfliktmanagement fehlt – so zeigt es unsere Arbeit in der Konfliktakademie. Streit um Daseinsvorsorge und Gemeinwohl vertieft die Gräben. Wo Menschen strukturelle Defizite spüren, neigen sie eher zur Polarisierung. Dabei ist die absolute Mehrheit eigentlich zufrieden, wenn es um ihre persönlichen Lebensumstände geht. Die neue Herausforderung liegt in der Frage, wie Daseinsvorsorge und Gemeinwohl gewichtet werden sollen. Heute wird jedes Schlagloch in den sozialen Medien zum Symbol des Niedergangs. Doch Empörung braucht Feindbilder, um zu wirken – und sie verpufft schnell, wenn sie nicht ständig neu entfacht wird. Dabei übersieht man die Schlaglöcher, die

[5] vgl. dazu: https://www.reclam.de/produktdetail/kuenstliche-intelligenz-und-der-neue-faschismus-978315014666
[6] vgl. dazu. https://www.reclam.de/produktdetail/misstrauen-9783150196007

Menschen mit Rollator oder Rollstuhl behindern. Sie geraten in Vergessenheit, damit moralische Dilemmata nicht zu offensichtlich werden – etwa, wenn uns das Ruckeln im SUV oder auf dem Lastenrad nervt.

Auch Gewalt spaltet die Gesellschaft. Die politische Gewalt aus der Mitte wird sträflich unterschätzt. Noch nie gab es im Nachkriegsdeutschland so viele Hassverbrechen, und die Täter sind besser organisiert denn je.[7] Die letzte Enquete-Kommission zu diesem Thema liegt 38 Jahre zurück. Vielleicht sollte wenigstens Bielefeld eine Gewaltkommission einrichten, um den Schutz zu stärken.

Nostalgisch-nationalistische Zerrbilder blockieren den Blick nach vorn. Nationalchauvinismus wirkt verführerisch, wird aber kaum hinterfragt. Dürfen wir nicht mehr stolz darauf sein, Deutsche zu sein? Doch, aber mit Maß. Dieses Maß zeigt sich in unserer Offenheit – dafür, deutsch zu sein und zugleich andere Identitäten zu leben. Eine Flagge oder ein Anstecker am Revers macht niemanden zu einem guten Deutschen. Und wir sind auch Europäer. Unsere Bürger haben oft mehrere Heimaten. Und das das geht, macht eine starke Demokratie aus.

FRAGE2: Was hält die Gesellschaft zusammen?

Die Demokratie bildet das normative Fundament, das uns zusammenhält. Sie erfordert jedoch die Aushandlung von Konflikten, um ihre Stabilität zu gewährleisten. Demokratische Kultur und Konfliktfähigkeit sind dabei unerlässlich. In Bielefeld haben wir dafür ein Integrationsbarometer[8] und die Konfliktakademie[9] eingerichtet. Unterstützt es, nutzt es.

Gemeinsam geteilte Sorgen verbinden uns: Die Sorge, jene nicht zu verlieren, die – um es mit den Worten des in der Kunsthalle gerade zu erfahrenden Soziologen Pierre Bourdieu[10] zu sagen – über weniger materielles, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital verfügen.

Solidarität in Krisen und Katastrophenfällen hält uns ebenfalls zusammen, doch auch diese muss organisiert werden.

Offenheit und Chancengleichheit sind weitere verbindende Elemente. Dies ist jedoch keineswegs einfach, da wir wissen, dass das Versprechen der Vollinklusion, das Demokratien geben, immer wieder verdeckt werden muss. Politische Orientierungen sind von grundlegenden Bedürfnissen bestimmt, die uns mit anderen verbinden: Wir streben nach politischer Zugehörigkeit, einem Verständnis von Zusammenhängen, Einfluss und Kontrolle, Selbstwert sowie Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit.

Parteien, wie diejenige, die uns heute eingeladen hat, können Angebote machen. Ich bitte alle Nicht-Grünen um Nachsicht, wenn ich mich an die Gastgeberin wende: Euer zentrales Thema, der Umgang mit dem Klimawandel, kann Zusammenhalt schaffen. Unsere Studien zeigen, dass die Menschen viel klimaprogressiver sind, als wir annehmen. Doch es geht um mehr: Die Beziehung zwischen Mensch und Natur verändert sich. Haben wir das im Blick?

---

[7] Vgl. z.B. die Hellfelddaten des BKA: https://www.bka.de
[8] https://www.bielefeld.de/node/26892
[9] https://conflict-a.de
[10] https://kunsthalle-bielefeld.de/programm/ausstellungen/die-visuelle-soziologie-pierre-bourdieus/

Wir könnten mutiger sein und darüber nachdenken, welche Rechte die Natur als Rechtssubjekt haben sollte.[11] Hinter vielen Kampagnen und der Agitation gegen wissenschaftliche Befunde zum Klimawandel stehen alternative Weltbilder zu genau diesem Verhältnis.

Die Klimafrage wirft auch die Themen Geschlechter- und Generationengerechtigkeit auf. Besonders junge Menschen und jene mit weniger Einfluss ringen um die Definition von Gerechtigkeit. Diese Spannungen erfordern neue Ansätze: Junge Menschen wachsen in Vielfalt auf, neigen aber auch zu antidemokratischen Ansichten. Sie interessieren sich mehr für Politik, beziehen ihre Informationen jedoch aus Quellen, die sie selbst als unzuverlässig empfinden.[12]

Gemeinsame positive Zukunftsperspektiven fördern Zusammenhalt und Innovationsbereitschaft. Unser Konfliktmonitor zeigt: Menschen mit pessimistischen Zukunftserwartungen neigen zu destruktiven und autoritären politischen Lösungen, während Optimisten eher kooperative Ansätze verfolgen und offen für neue Ideen sind. Parteien können positive Zukunftsbilder entwerfen. Fokussierungen auf „Unsicherheit, Gefahren und Bedrohungen“ mit nachträglichen Sicherheitsversprechen wie ich sie im Kommunalwahlkampf erlebt haben scheitern. Sie verunsichern und stärken jene mit autoritären Fantasien.

FRAGE3: Was tun?

Ich spare mal den Teil: Was nun geboten ist, sind gute politische Kommunikation, neue Formen der Vermittlung von Politik gerade in Zeiten, wo Sparen angesagt ist. Lasst uns aufhören, nur negative Geschichten zu erzählen, wo es positive gibt. Besonders die Diskussion über Migration ist - bei aller Liebe zu den Problemen, von denen wir in der Konfliktforschung leben - ärgerlich. Lernen wir, positive Narrative der Migration zu erzählen. OWL kann das, denn es ist ein Erfolgsmodell. Historisch gesehen sind durch OWL eh immer viele Völker gewandert.[13]

Bildung, Bildung, Bildung. Das sagen alle, und ich auch. Eine Studie des Ifo-Instituts zeigt: Bessere Bildung könnte Billionen einbringen. Aber Vorsicht: Der scheidende Verfassungsrichter Josef Christ hat uns im Januar daran erinnert, dass das Recht auf Bildung auch ein Recht auf Persönlichkeitsentfaltung umfasst. Er sprach von „Bildung durch Aufstieg“.[14] Ich wünsche mir einen Bielefelder Bildungstag, an dem wir Bildung erkunden. Menschen, die zugewandert sind und viele mühevolle und herausfordernde Wege gemeistert haben, wissen, was es heißt, mit wenig viel zu erreichen. Kinder und Jugendliche wissen, was es bedeutet, mit gestressten Eltern durch die Pandemie zu kommen. Bielefeld

---

[11] Vgl. z.B: https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-44120-3
[12] Vgl. dazu z.B. die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie: https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html
[13] https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/input_felder/langDatensatz_ebene4.php?urlID=27&url_tabelle=tab_websegmente&utm_source=chatgpt.com
[14] https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/bildungskrise-in-deutschland-gefahr-fuer-lebenschancen-der-jugend-110824645.html

hat eine Spinnerei als VHS und eine Werkstatt für Wissen. Wir sind Wissensgesellschaft für alle. Nutzen wir die Chance.

Parteien können politische Teilhabe organisieren: Die Demokratie bleibt dort stark, wo etablierte Parteien es schaffen, Menschen an die Urnen zu bringen. Sie bricht ein, wo dies nur antidemokratischen Kräften gelingt. Ich plädiere für eine Allianz zur Demokratisierung der Demokratie. Wir haben starke Institutionen in Bielefeld, herausragende Unternehmen, eine vielfältige Kulturlandschaft mit Museen, Theatern und Vereinen sowie besonnene Religionsgemeinschaften und viele mehr. Sie alle haben Perspektiven auf die Frage, wie Demokratie in Zeiten gestärkt werden kann, in denen digitale Kommunikationskanäle algorithmisch Ego-Netzwerke und Blasen erzeugen und es Tyrannen schwer machen.

Ostwestfalen ist mit seiner Sturheit gerüstet. Der Historiker Timothy Snyder hat 20 Regeln gegen die Tyrannei aufgestellt.[15] Regel 13 für die Politik: Praktiziere physische Politik. Regel 20 für alle: Sei so mutig, wie nötig.

Regel 21 ist von mir: Freue Dich auf das Jahr, so gut es geht.
Vielen Dank

Prof. Dr. Andreas Zick
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld: www.uni-bielefeld.de/ikg/

[15] https://www.chbeck.de/snyder-ueber-tyrannei/product/38734068 / oder über die Bundeszentrale für politische Bildung: https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/255032/ueber-tyrannei/ auch als Buch für Jüngere: https://www.chbeck.de/snyder-ueber-tyrannei-illustrierte-ausgabe/product/39452482